

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923

12.1.1923 (No. 10)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Ergebnis:
Karlsruher
Str. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfach
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. A. M. u. d.
Karlsruhe.

Zeitungspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für Januar 1923 20 A — Einzelnummer 20 A — Anzeigengebühr: 35 A für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kasentabell gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antilige Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karls-Friedrichstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Ort der Redaktion: Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt (Brand, Sperrung, Wasserschaden, Betriebsstörung) im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

* Kontinentale Blockpolitik.

Die Ziele der französischen Politik sind bekannt. Sie heißen: Beherrschung des Kontinents. Weniger bekannt war bis jetzt die politische Methode, mittels welcher Frankreich diese seine Ziele verwirklichen will. Die letzten Tage haben auch darüber Klarheit gebracht. Frankreich hat ganz bewußt auf die Zusammenarbeit mit England verzichtet, um einen kontinentalen Block begründen zu können, einen Block, der natürlich nur antienghisch orientiert sein kann. Dieser Block soll sich zusammenschließen aus den Staaten Frankreich, Italien, Belgien und — Deutschland. Mit der späteren Zustimmung Polens, der Tschecho-Slowakei und Rumäniens rechnet man ohne weiteres.

In offizieller Form hat dieser Tage das italienische Ministerium des Auswärtigen der Pariser Regierung den Vorschlag auf Inzenerierung einer solchen Kontinentalpolitik unterbreitet. Von Deutschland ist, wie die Blätter melden, in dem offiziellen Wortlaut dieses Vorschlags nicht die Rede. Aber italienische Zeitungen schreiben dazu einen Kommentar, der an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt: Die Reparationsfrage soll zwischen Frankreich, Italien und Belgien einerseits und Deutschland andererseits scheidlich-friedlich erledigt werden, und zwar auf der Grundlage einer Annäherung zwischen der Rumpfregiment und Deutschland.

Selbstverständlich hat Italien sich vorher genau vergewissert, ob dieser Vorschlag der Pariser Regierung auch erwünscht kommt. Wer die Dinge ganz richtig beurteilen will, wird wohl sogar von der Annahme ausgehen können, daß der Vorschlag eine von Paris aus bestellte Arbeit gewesen ist. Denn Frankreich ist zweifellos die führende Hand bei der ganzen Aktion.

Frankreich kehrt mit dieser kontinentalen Blockpolitik zurück zu den Grundgedanken Napoleons I. Die Geschichte Napoleons I. ist, wenn wir sie auf einen Generalnenner bringen wollen, nichts anderes, als der Kampf Frankreichs mit England um die Welt Herrschaft. Bei diesem Kampf hat Napoleon I. versucht, den Kontinent zu unterjochen, um die militärische und wirtschaftliche Kraft des gesamten Kontinents gegen England einzuheben zu können. Der Versuch ist bekanntlich nicht gelungen. Heute unternimmt das Frankreich Poincarés einen ähnlichen Versuch. Erst mußte allerdings ein in der politischen Geschichte und der Staatskunst so wenig bewandertes Mann, wie Mussolini, allmächtiger Ministerpräsident in Italien werden, bevor Frankreich mit derartigen Ideen hervortreten konnte. Die andere Voraussetzung war die Besetzung des Ruhrgebietes.

Diese Besetzung gibt Frankreich die Möglichkeit, Deutschland unter Druck zu halten, wenn es den kontinentalen Block ablehnt, es aber durch „Konzessionen“ zu „belohnen“, wenn es sich der Kontinentalpolitik Frankreichs unterordnet. Der Plan ist recht sauber eingefädelt und könnte Erfolg versprechen — nach dieser oder nach jener Richtung hin —, wenn England sich diesen kontinentalen Block, d. h. diese Herrschaft Frankreichs über den Kontinent gefallen läßt. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird England die Hegemonie Frankreichs nicht ruhig hinnehmen. Nelson hätte vergeblich bei Abukir und bei Trafalgar gegiegt, falls England sie hinnehmen würde. Der Kampf zwischen Frankreich und England ist jedenfalls von neuem entbrannt. Und keine diplomatische Phrasen können darüber hinwegtäuschen.

Unsere Rolle ist fürs erste genau vorgeschrieben. Da England uns aufhelfen will und unsere staatliche Selbständigkeit gewahrt zu sehen wünscht, da aber Frankreich andererseits diese Selbständigkeit vernichten will, können wir den Gedankengängen einer von Frankreich geleiteten kontinentalen Blockpolitik nur mit Widerstreben begegnen. Praktisch ist die ganze Art und Weise aber, wie Frankreich jetzt im Ruhrgebiet mit uns umspringt, so empörend und so verlegend, daß schon eine vollkommene Würdelosigkeit dazu gehören müßte, um diesem selbst Frankreich die Steigbügel zu halten.

Die Schritte, die bisher die Reichsregierung und das Kohlenyndikat in Essen unternommen haben, zeigen Frankreich deutlich, daß wir nicht die Absicht haben, der brutalen Vergewaltigung durch irgend ein Entgegenkommen oder irgend eine Zustimmung den Anschein des Gefüglichen zu verleihen. Die Reichsregie-

An das deutsche Volk!

Ein neuer Gewaltstreich ist auf Deutschland herniedergegangen. Mit wohlberechneter Wucht trifft der Schlag der französischen Faust einen ungeschützten Lebenspunkt der deutschen Wirtschaft, längst vorausgesehen und doch unerwartet. Vorhergesehen, denn die Pläne und Wünsche der Pariser Machtpolitik sind ohne Scheu auf Gassen und Märkten erörtert worden, unerwartet, denn immer blieb die Hoffnung, daß die wirtschaftliche Vernunft des französischen Volkes die politische Begehrlichkeit seiner Machthaber zügeln würde.

Hat wirklich der Glaube geherrscht, daß den französischen Wüten durch die Zerstörung des deutschen Arbeitszentrums abgeholfen werden könne, so muß schwerste Enttäuschung folgen. Gegen den Rat der Fachmänner aller Welt will Frankreich die Probe machen. Daß es bei dem Versuch scheitern muß, ist unsere Überzeugung. Doch fehlt uns die Macht, diese Tat der Verblendung, die sich gegen Deutschland wie gegen die gesamte Weltwirtschaft richtet, aus eigenen Kräften zu verhindern. Was geschehen konnte, um das Unheil abzuwehren, haben wir versucht. Das hereingebrochene Unheil zu lindern und zu mildern wird unser Denken und unser Trachten sein. Dabei leitet uns die Würde und das Recht der Nation, mit der wir uns eins fühlen, auch in der Kraft des guten Gewissens.

Alle Herzen erfüllt die ungeheure Bitterkeit dieser Stunde, in der über weitere Teile unseres Vaterlandes das Schicksal hereinbricht, die Leiden der Fremdherrschaft ertragen zu müssen. Vermehrte Not für unser sorgenbedrängtes Volk muß der Einbruch in die Hauptstätten unserer Arbeit im Gefolge haben. Umso dringender aber ergeht der Ruf an alle Volksgenossen:

Erschwert nicht das Los der am härtesten betroffenen Landsleute und erfüllt aufrechten Sinnes und klaren Kopfes die Forderung des Tages!

Keine Handlung darf geschehen, die unserer gerechten Sache Schaden zufügt. Die schwerste Schuld am eigenen Volke würde auf sich laden, wer sich hinreißen ließe, durch eine übereilte Tat den Gegnern in die Hände zu arbeiten. Von der eigenen Selbstbeherrschung eines jeden Einzelnen hängt das Wohl und Wehe der Gesamtheit ab. Jetzt mehr als jemals lernte uns das Beispiel der Würde und der moralischen Kraft voran, das die Rheinlande in den Jahren der Leiden gegeben haben. Den treuen rheinisch-westfälischen Brüdern gilt heute vor allem unser Gruß.

Ihr werdet die eichenfeste Zähigkeit bewahren, die Euer altes Erbe ist und ungebrochen werdet Ihr diesen Wetterbraus überdauern, Ihr, die kein Ansturm der Weltgeschichte jemals entwurzelt hat.

Ihr seid die Zeugen, wie Friede und Recht von neuem gebrochen werden. Mit Euch erheben wir Protest vor der Welt gegen den Bruch des Vertrages und gegen den schweren Bruch des sittlichen Rechts unseres Volkes auf Leben, Bestand und Selbstbestimmung. Eine schwere Zeit hebt an, wohl schwerer noch als diejenige, die wir seit dem Kriege durchlebten. Wie lange die Prüfung dauern wird, vermag niemand zu sagen.

Nur das wissen wir, daß die Not gesteigert und verlängert wird, wenn Volk und Staat ihr nicht in unbrechbarer Einheit begegnen. Aber auch das wissen und hoffen wir, daß festes Zusammenstehen des ganzen Volkes sie kürzen wird.

Dazu wollen wir uns die Hände reichen und die Herzen stark machen. In Stadt und Land laßt uns den nächsten Sonntag unter all dem äußeren Druck der inneren Erhebung widmen und überall in allen deutschen Gauen, in Hof und Hütte unseres Vaterlandes gedenken seiner Leiden und seines Rechtes.

gez. Der Reichspräsident: **Ebert.**

Die Reichsregierung.

An das badische Volk!

Dem Aufruf der Reichsregierung, durch welchen das deutsche Volk zum Zeichen des Protestes gegen den neuesten Gewaltakt und als Ausdruck tiefster Trauer über dieses nationale Schicksal zu einem würdevollen Verhalten aufgefordert wird, schließt sich die badische Regierung an.

Wie schon oft bei solch schweren Schicksalschlägen,

stellt sich auch jetzt Badens Volk und Regierung zur Abwehr der Gewalt einmütig und geschlossen hinter die Reichsregierung.

Das badische Volk wird ohne polizeiliche Anordnung am kommenden Sonntag aus freier Entschlieung seinen Gefühlen in entsprechender Weise Ausdruck verleihen. Für Tanz und Tand wird es keine Stimmung haben; ernst und entschlossen wird es seine Meinung über die französische Gewalt Herrschaft in Europa kundgeben.

Ohne Unterschied der Parteien wird es geloben,

einem übermächtigen Sieger gegenüber das ihm einzig mögliche Verhalten zu zeigen:

Ruhe, Ernst, Würde und harten Willen, unbeugsam zu tragen, was das Schicksal bringt!

Staatsministerium:

Remmele, Staatspräsident.

Abhler. Trunk. Dr. Engler. Dr. Hellpach.

Marum. van Esp. Weißhaupt.

Die Franzosen im Ruhrgebiet.

Die Unterredung fand in französischer bzw. deutscher Sprache statt. Ein Dolmetscher war anwesend. Der General teilte die Besetzung — also doch Besetzung! — im Auftrag seiner Regierung mit, die aber möglichst „wenig drückend“ gestaltet werden solle. Freilich werde der Belagerungszustand verhängt, aber zunächst ohne Polizeistunde und ohne Beschränkung der Pressefreiheit; nur alarmierende Nachrichten und solche, die die Sicherheit der Truppen gefährden könnten, dürften nicht veröffentlicht werden.

Allgemeiner Proteststreik am Montag.

Die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften haben beschlossen, eine Kundgebung der Arbeitnehmer aller Betriebsrichtungen zu veranstalten, um deren entschlossene Stellungnahme gegen die französische Gewaltakte zum Ausdruck zu bringen.

Die Vertreter aus dem Rheinland und des Ruhrreviers traten dafür ein, einen Proteststreik zu proklamieren, der im Bergbau mindestens eine halbe Tagesschicht umfassen sollte, und die Arbeiter der Kruppischen Betriebe, deren Stimmung besonders erregt ist, stellten noch erheblich weitergehende Forderungen.

Man wird nun am Montag in allen deutschen Städten die Arbeit für 15—30 Minuten unterbrechen. Auch auf der Eisenbahn soll eine Arbeitspause eingelegt werden.

Kein Koblenzweg mehr nach Frankreich.

Der Reichskohlenkommissar hat entsprechend der Ankündigung der Reichsregierung Anweisung gegeben, daß die Reparationskohlenlieferungen an die vertragsbrüchigen Staaten einzustellen sind. Seit gestern vormittag 9 Uhr ist zufolge dieser Anordnung kein Koblenzweg mehr nach Frankreich abgegangen.

Der Vormarsch auf Essen.

Die französischen Truppen sind seit gestern früh von Düsseldorf her im Anmarsch auf Essen. Dagegen werden aus der Richtung Duisburg keine Truppenbewegungen gemeldet; auch sind keine weiteren Eisenbahnwagen für Truppenverschiebungen angefordert worden. Die ankommenden franz. Streitkräfte fanden zuerst im Naume von Kettwig mit Panzerautomobilen in Richtung Essen u. haben schon die Stadt Werden, den letzten Ort vor Essen erreicht. Auf der ganzen Strecke bis Düsseldorf herrscht lebhafter Truppenverkehr. Die Truppen sind ausschließlich im Fußmarsch und mit Automobilen im Anmarsch, während die Eisenbahnen nicht in Anspruch genommen werden und der Verkehr sich dort normal abwickelt. Inzwischen sind die Franzosen auf dem Essener Stadtgebiet angelangt. In der Stadt selbst ist es ziemlich ruhig und die Bevölkerung besorgt bisher die Karole, die ihr gegeben worden ist, die Straßen zu verlassen, wenn die Franzosen kommen. Ebenfalls ist bisher irgend ein Zutromm zu den Straßen, wo die Franzosen erwartet werden, nicht zu bemerken. Es ist die Erbitterung im Volke vorhanden, wofür ein nächtlicher Zwischenfall vor dem Hotel Kaiserhof bezeichnend ist.

Eine Demonstration von jungen Leuten, die nach der gestrigen Versammlung durch die Straßen zog, sang vor dem Hotel Kaiserhof „Deutschland, Deutschland über alles“. Zwei Stubenmädchen, die die Demonstration sehen wollten und das Fenster öffneten, stießen dabei Blumenkörbe herab. Die Demonstranten glaubten, daß man nach ihnen mit Flaschen werfe und daß Franzosen im Hotel seien. Sie stürzten den Eingang und wurden dabei beinahe tödlich gegen den Korrespondenten des Daily News, Herrn Segrub, einen außerordentlich objektiven Journalisten. Das Dazwischentreten des Bürgermeisters Schäfer und eine ausgezeichnete kurze Ansprache des hinzukommenden Reichsministers Dr. Luther beruhigte dann die Demonstranten.

Die über Werden-Bredene herankommende französische Kolonne bestand aus 4 Panzerautomobilen, die mit Maschinengepäck montiert sind, einem Automobil mit 4 Offizieren und einer Kavallerie-Abteilung von 100 Reitern. Diese Kolonne ist um 4 Uhr morgens von Düsseldorf aufgebrochen und hat den größten Teil des Weges im Trab zurückgelegt. Ob auch aus anderen Richtungen noch Truppen anrücken werden, darüber liegen noch keine Meldungen vor, doch wird berichtet, daß aus Ratingen, wo vor einigen Tagen französisches Militär konzentriert wurde, sich Infanterie in Bewegung gesetzt hat. Die Spitzkolonne hatte das Stadtimmere um 11 Uhr erreicht. Als die Kavalleristen in Bredene das Stadtgebiet erreicht hatten, zogen sie ihre Säbel und ritten von dort ab mit blankem Säbel weiter. Ein Trupp Radfahrer ist ebenfalls in ihrer Begleitung.

Der Einmarsch.

Poincaré hat in seiner Note an die deutsche Regierung mitgeteilt, es sei keine militärische Operation und keine politische Besetzung geplant. Inzwischen ist von dem neuen Militärkommandanten von Essen, dem General Ramont, dem früheren Befehlshaber im Brückenkopf Düsseldorf, über die Stadt Essen der Belagerungszustand verhängt worden.

Die Besetzung des Stadtimmeres vollzog sich eine Stunde lang in den aufregendsten Formen. Nachdem die kleine Kavalleriepatrouille, die um 1 Uhr die Stadt durchritt, den zurückliegenden Truppen den Weg frei gemeldet hatte, erschienen um 1.40 Uhr sieben Panzerautomobile — das achte war unterwegs mit einer Panne liegen geblieben —, gefolgt von Radfahrern, Fußvolk und Reitern. Es waren Truppen vom 50. und 14. Infanterie-Regiment, zwei Radfahrerkompanien, Panzerwagen der Alpenjäger und Reiter der vierten Kavalleriedivision.

Es wurden sogleich die Post, das Kohlen Syndikat, die Eisenbahndirektion und andere Reichsgebäude besetzt. Die Reiter saßen ab und koppelten die Pferde am Bahnhofsvorplatz auf den Bürgersteigen zusammen;

Die Passanten wurden mit Kolbenstößen auf den Zahndamm gewiesen.

Der Besetzung der Post folgte die sofortige Unterbindung aller Drähte eine Stunde lang. Die Unterbrechung wurde so rücksichtslos durchgeführt, daß der Korrespondent der Associated Press, Herr Day, von einem Soldaten vom Schalter weggezerrt wurde, ehe er sein Wechselgeld herausgeholt bekommen konnte. Die Unterbrechung erfolgte nur zu dem Zweck, um den französischen Berichterstattern die Abwesenheit ihrer langen Situationsberichte zu ermöglichen. Alle anderen Journalisten waren von der Benutzung der Drähte ausgeschlossen. Darüber hinaus wurden sie längere Zeit im Postgebäude festgesetzt. Um 3 Uhr wurde der Verkehr auf der Post nach Beschlagnahme einiger Fernleitungen für die Franzosen wieder freigegeben, das Gebäude bleibt aber besetzt.

Nach 3 Uhr wurden die Truppen in die Außenbezirke zurückgezogen, wobei der Automobil- und Wagenverkehr in und aus der Stadt für längere Zeit unterbrochen wurde, und dann erfolgte noch längerer Hin- und Her der Besatzung des Generals Ramont bei Oberbürgermeister Dr. Luther und Bürgermeister Schäfer im Rathaus. Zuerst hatte der General gefordert, daß Bürgermeister Schäfer zu ihm komme und dann sollte er gemeinsam, vom Oberbürgermeister an der Schwelle des Rathauses empfangen zu werden. Dies alles wurde abgelehnt.

Frankreich hat in wilder und sinnloser Verfolgung utopischer Ziele eine Aktion durchgeführt, die gewiß Deutschland aufs empfindlichste schädigt, die aber gleichzeitig auch Frankreich politisch schwere Nachteile bringt. Was den nach außen hin bekanntgegebenen Zweck der Aktion anlangt (bessere Eintreibung der Reparationsforderungen), so wird wohl gerade die nächste Zeit auch Frankreich den Beweis liefern, daß seine Aktion in dieser Hinsicht ein Schlag ins Wasser war. Politisch ist sie das natürlich nicht. Denn Frankreich sitzt nun im Ruhrrevier und wird dort so lange sitzen bleiben, als es von einem Mächtigeren wieder vertrieben wird!

Frankreichs Industrie und das Ruhrgebiet.

Die franz. Ruhrpläne zielen nicht nur auf die politisch-militärische Beherrschung Europas hin, sie suchen auch die Grundlagen für eine wirtschaftliche Vormachtstellung zu schaffen. Hinter der Politik Poincarés steht als schärfster Einseitiger die französische Industrie. Ein Blick auf die Gestaltung der Wirtschaftslage Frankreichs in der letzten Zeit erklärt ihr Treiben nach der Ruhrbesetzung. Nach einer Periode der Stagnation hat sich in immer stärkerem Maße die industrielle Tätigkeit Frankreichs entwickelt. Der französische Außenhandel ist im Juniessen begriffen, und ganz besonders lebhaft ist der Aufschwung der französischen Schwerindustrie. Die Eisen- und Stahlerzeugung nimmt mit jedem Monat an Umfang zu. Die Zahl der im Betriebe befindlichen Hochöfen hat sich von 103 am 1. Oktober 1922 auf 109 am 1. November erhöht, und seitdem sind wiederum mehrere neue Öfen in Betrieb genommen worden. Die Roheisenproduktion betrug während der ersten 10 Monate des vergangenen Jahres über 4 Millionen Tonnen. Die Roheisenerzeugung hat allein im Oktober um 41 610 Tonnen gegenüber dem September zugenommen, die Rohstahlerzeugung im gleichen Monat um 23 208 Tonnen gegenüber dem September. Besonders stark ist die französische Ausfuhr an Schrott nach England und Deutschland. Auch in der Maschinenbauindustrie ist eine Besserung zu beobachten, und dasselbe gilt von der Automobilindustrie. Lebhaftige Tätigkeit herrscht im allgemeinen in der Textilindustrie. Zahlreiche Baumwollspinnereien klagen über Arbeitermangel, reichliche Bestellungen liegen fast überall vor. Fast gleichlautend sind die Berichte aus den Industriebezirken, die besonders für den Export arbeiten.

Diese kurze Zusammenfassung zeigt den stetigen Fortgang der in der französischen Schwerindustrie eingetretenen Besserung. Dem entspricht auch die wachsende Nachfrage nach Kohlen. Die Vorkaufbestände der Departements Nord und Pas-de-Calais sind auf 300—400 000 Tonnen gesunken, während sie zur Zeit der wirtschaftlichen Krise sich auf annähernd 2 Millionen beliefen.

Frankreich kommt es nun, neben seinen politischen Ansprüchen, vor allem darauf an, seiner Industrie eine Vormachtstellung in Europa zu verschaffen. Durch Verwirklichung seiner Ruhrpläne will es die Verbindung zwischen den französischen Eisenerzen und der Ruhrkohle herstellen und damit eine Eisengroßindustrie schaffen, die an Leistungsfähigkeit von keiner anderen erreicht wird. Schon vor dem Kriege lieferte das Erzbecken von Briey mehr Erze, als die französische Industrie aus Mangel an geeignetem Hochofenschutt verarbeiten konnte. So ist Frankreich in bedeutendem Maße zu einem Eisenerzexportlande geworden. Größer noch ist heute das Verhältnis zwischen Erz und Kohlenversorgung der französischen Industrie infolge des Einzutommens der lothringisch-luxemburgischen Erze. Daraus erklärt sich das französische Verlangen nach der deutschen Ruhrkohle, das Festhalten von deutschen „Verfälschungen“ um jeden Preis, auch um den der wirtschaftlichen Vernunft und des Rechts. So erklärt sich aber auch auf der anderen Seite der heftige Widerstand, der von englischer Seite gegen die französische Sanktions- und Pfänderpläne geleistet wird aus der Einsicht, daß die von Frankreich erstrebte wirtschaftliche Expansion, neben der politischen, eine schwere Bedrohung der englischen Eisen- und Stahlindustrie bedeuten würde.

Der deutschen Industrie und Wirtschaft, dem deutschen Volke aber droht das Schicksal der Vernichtung.

Politische Neuigkeiten.

7 Kilometer vor Memel.

Die Litauer haben bereits den größten Teil des Memelgebietes besetzt und stehen etwa sieben Kilometer vor Memel. Der Zugverkehr ist vollständig eingestellt. Bei Gendeburg, das selbst von 400 Litauern besetzt ist und wo sich anscheinend die Leitung der litauischen Freischützer befindet, sind die Schienen aufgefassen worden. Zu Zusammenstößen mit der französischen Besatzungstruppe, die im ganzen die Stärke von einem Bataillon und die Stellung von Memel bezogen hat, ist es bislang noch nicht gekommen. Der Oberkommissar erklärte einem Vertreter des „Memeler Dampfboot“, daß die Besatzungstruppe die Stadt bis zum letzten Mann verteidigen werde. Die Entente hat Hilfsschiffe nach Memel abgefordert.

Ob die litauischen Freischützer weiter gegen Memel vorgehen werden, läßt sich natürlich noch nicht übersehen. Erinnert sei daran, daß in der litauischen Presse kürzlich Propaganda dafür gemacht wurde, wenn Memel selbst nicht an Litauen falle, so müsse doch das Hinterland an Litauen kommen, und es wäre denkbar, daß man sich zunächst mit der jetzt erfolgten Besetzung des Hinterlandes begnügt in der Hoffnung, Memel später, wenn es von seinem Hinterland abgeschnitten ist, zur Kapitulation zwingen zu können.

Der Oberkommissar hat gestern mittag den Belagerungszustand über Memel verhängt. Lokale und Schanzstätten müssen um 9 Uhr schließen, ebenso ist es der Bevölkerung verboten, nach 9 Uhr die Straßen zu betreten.

Die Unterredung fand in französischer bzw. deutscher Sprache statt. Ein Dolmetscher war anwesend. Der General teilte die Besetzung — also doch Besetzung! — im Auftrag seiner Regierung mit, die aber möglichst „wenig drückend“ gestaltet werden solle. Freilich werde der Belagerungszustand verhängt, aber zunächst ohne Polizeistunde und ohne Beschränkung der Pressefreiheit; nur alarmierende Nachrichten und solche, die die Sicherheit der Truppen gefährden könnten, dürften nicht veröffentlicht werden.

Protest des Oberbürgermeisters.

Der General erwiderte zum Schluß abschließend, es werde angezeigt sein, sich über alles zuvor mit dem Obersten zu verständigen, der für den Polizeidienst verantwortlich sei. Alles, was der Oberst genehmigt habe, werde richtig sein, dagegen alles, worüber der Oberst nicht gefragt worden sei, gefährlich oder schlimm. Es hat sich also in Essen nichts verändert, die Bürger haben „nur“ ihre Freiheit verloren.

Nach der Unterredung zwischen Stadtoberhaupt und General nach Einbruch der Dunkelheit wurden wieder Truppen auf dem Bahnhofsvorplatz aufgestellt. Gegen 7 Uhr kamen dort französische Verstärkungen an, die auf dem Bahnhofsvorplatz lagerten. Der Verkehr ist dadurch sehr behindert, da sich eine sehr große Menschenmenge um den Bahnhofsvorplatz anstellte, die nicht vor noch rückwärts kam. Die Bahnhofsausgänge sind nach zwei Seiten geschlossen und nur zwei schmale Türen nach der Nordseite sind offen gehalten.

Die Situation am Bahnhof ist wenig erquicklich. Erst in später Abendstunde tritt wieder etwas Ruhe ein. Einmalige Zwischenfälle haben sich bisher glücklicherweise nicht ereignet. Der Eisenbahnverkehr ist ungestört. Abends fand dann die große Trauerfeier der Stadtverordneten statt, in der der einmütige Protest aller Parteien wiederholt worden ist.

Der Einmarsch der französischen Truppen in Essen wurde auch in den Nachmittagsstunden weiter fortgesetzt. In weitem Bogen zieht sich ein Truppengürtel um die Stadt. So sind u. a. die Orte Dinslaken, Votrop und Wattensteich besetzt. Da der letztere Ort, der nur wenige Kilometer von Bochum entfernt liegt, in die Aktion der Franzosen einbezogen worden ist, taucht auch der Gedanke einer Ausdehnung der Besetzung auf Bochum wieder auf.

Das Treue-Gelöbnis der Essener.

Beim Reichspräsidenten ist folgendes Telegramm aus Essen eingetroffen: Die aus der Mitte der Bürgerschaft anberaumten und trotz der Kürze der Anberaumungsfrist von vielen Tausenden besuchten Versammlungen haben soeben in überwältigender vaterländischer Begeisterung folgende Entschlüsse gefaßt:

„Der Aufruf des Reichspräsidenten und der Reichsregierung findet vollsten Widerhall in den Herzen aller Essener. Angesichts der Gefahr schwerster Gewalttaten und harter Not halten wir fest an deutschem Gemeinsein und opferfreudiger Vaterlandsliebe. Vor der ganzen Welt legen wir laut Einspruch gegen den Rechtsbruch und die Gewaltpolitik ein. Was auch kommen mag: wir bekennen uns fest in unerschütterlicher Treue zu Volk und Vaterland.“

Ein Grubenunglück.

Auf der Abwehrgrube in Essen ist vorgestern Abend ein Benzol-Lokomotive explodiert, wodurch eine ganze Strecke in Brand geriet. 45 Bergleute wurde der Ausgang abgeschnitten. Wie die Grubenleitung hierzu mitteilt, ist zu befürchten, daß sämtliche Eingeshloffenen den Tod gefunden haben.

Das amerikanische Transportschiff unterwegs.

Die in Koblenz erscheinende amerikanische Zeitung „The Americ News“ schreibt über die Zurückziehung der amerikanischen Truppen am Rhein:

„Die amerikanischen Truppen werden am 18. Januar zum Rücktransport nach den Vereinigten Staaten zurückgezogen. Das war der Hauptinhalt eines Telegramms des Staatssekretärs Hughes, das General Allen am Mittwochabend erhielt. Diese Aktion, die vollkommen unerwartet kommt, ist die Folge einer Konferenz mit Staatssekretär Hughes im Weissen Haus.“ Hughes habe festgestellt, daß die Zurückziehung gewünscht werde, bevor die Besetzung des Ruhrgebietes Wirklichkeit sei. Armee-transporte sind nach am Abend durch das Kriegsdepartement befohlen worden, um die Rückkehr von 1500 Offizieren und Mannschaften vorzubereiten.

Das Transportschiff „St. Michel“, das seit Senatsbeschluss im New Yorker Hafen der Ausreise wartet, fuhr gestern nach Antwerpen aus. Es wird in neun Tagen in Antwerpen sein, um den ersten Transport von 1000 Offizieren und Mannschaften an Bord zu nehmen. Man glaubt, daß zunächst die berechneten Offiziere und die angeworbenen Bedienen abtransportiert werden. Andere Transporte werden dann die Reste der Truppen und die Ausrüstungen befördern. Es wird berichtet, daß das Telegramm an General Allen Instruktionen enthält, wonach alles Material, ausgenommen Munition, zurückgelassen wird. Infolge der kurzen Zeit, die den Amerikanern für die Vorbereitung der Weisung bleibt, wird angenommen, daß die Vorräte der französischen Truppen übergeben werden.

Die Überraschung bei den hiesigen amerikanischen Truppen über den Befehl war ungeheuer, da man nicht glaubte, daß die Zeit für eine Zurückziehung der Truppen günstig sei. In hiesigen offiziellen Kreisen nahm man an, daß der Präsident nicht eher die Zurückziehung anordnen würde, bis die Reparationsfrage geregelt sei. Nach dem erwähnten Blatte ist die Erregung über den Beschluß in Amerika groß. General Pershing habe den Plan nicht gutgeheißen, unglücklicherweise sei er aber bei der Konferenz nicht anwesend gewesen, die das Schicksal der amerikanischen Truppen am Rhein bestimmt habe.

„Freundschaftlicher Abbruch“.

Unter dieser Überschrift gibt der hies sehr gut unterrichtete Londoner Korrespondent der „Frkf. Ztg.“ in Nr. 19 des gleichen Blattes Aufschluß über die politische Haltung Englands zum Abbruch der Pariser Konferenz. Es heißt dort:

„Der englische Plan wies eine zweite Walfournote. Das mag der diplomatische Sinn sein. Er statuiert das, was England für allein richtig hält und wünscht, aber er läßt Schlupflöcher für weitere Konzessionen. Die „Times“ hat festgestellt, daß die englische Regierung sowohl in Bezug auf einzelnen Garantie-Maßnahmen wie auch in der Frage des Umfangs des Schuldenerlasses zu weiteren Konzessionen bereit

...waren, wenn Frankreich den Vorschlag eines ernsthaften Verhandlung angenommen hätte. Das die Londoner Regierung auch Belgien und Italien gegenüber zu Abänderungen geneigt sei, hat Bonar Law selbst erklärt. Die Grundgedanken des Planes sind nicht neu; es ist eine Zusammenfassung verschiedener Vorschläge der Treasury und ihrer Experten. Durchaus überraschend war dagegen für jedermann in alliierten Ländern und in England selbst — es gibt freilich Journalisten, die sich nie überraschen lassen — daß Bonar Law diesen Plan zu Beginn der Konferenz auf den Tisch setzte und zu keinerlei anderer Verhandlung als über ihn bereit war.

Zu den bekannten Vorschlägen der Treasury hatte, wie es heißt, Sir John Bradbury in den allerletzten Tagen gewisse Einzelheiten und Abänderungen zugefügt, die nach dem Ergebnis der letzten Londoner Konferenz rasch erschienen. Das Londoner Kabinett bekam den kompletten Entwurf am 22. Dezember in die Hand, also vor dem Zusammenstoß wegen der Holzfrage. Bis zur Abreise Bonar Laws schien es festzuhalten, daß die englische Regierung mit ihren gesamten Vorschlägen nur dann (oder erst dann) hervortreten werde, wenn die Diplomatie eine gewisse gemeinsame Basis zwischen den Alliierten hergestellt habe. An Versuchen hierfür fehlte es nicht, aber die Verhandlungen zwischen dem Foreign Office und dem französischen Votschreiber, sowie die inoffiziellen Führer, die in Paris ausgetrieben wurden — es wird betont, daß Sir William Tyrrell, als Privatperson in Paris war — ergaben, wie man hören konnte, nichts Positives. Bei seiner Ankunft in Paris traf Bonar Law mit Lord Curzon zusammen, dessen Berichte über den Verlauf der Lausanner Konferenz sehr unbefriedigend waren. Am nächsten Tage präsentierte Bonar Law den großen Plan, von dem sich sehr bald herausstellte, daß er einen eisernen Vorhang gegen jegliche Verhandlung über „Pänder“ und über Reparationszahlungen größerer Stils während der Moratoriumszeit bildete. (Bonar Law erdachte, daß der französische Plan für das „Moratoriumsjahr 1923“ gegen 80 Millionen Fund, also 1,6 Milliarden Goldmark verlange.) Bonar Law war in Paris in wesentlichen Punkten in keinem Augenblick konfessionsbereit; das ist auffallend, nachdem er erst ein paar Wochen vorher in London ein Kompromiß über die Pänder (ohne Ruhrbesetzung) zu erreichen suchte. Die Sitzung im Unterhaus vom 14. Dezember war zwar sehr eindrucksvoll, aber aus der Presse war deutlich zu ersehen, daß Bonar Law trotzdem ziemlich weitgehende Konzessionen nach dieser Richtung hätte machen können. An zufälliger Stelle wurde denn auch betont, daß zwar Übergriffe auf die rechte Rheinseite durchaus abgelehnt würden, daß aber die Verhältnisse links des Rheins doch etwas veränderten lägen; immerhin dürfe dabei nichts gefahren, was den politischen Zielen Frankreichs im Rheinland Vorstoß leiste. Die Forcierung der Entscheidung der Reparationskommission gegen den Willen Englands (am zweiten Weihnachtstags) lag zweifellos die englische Haltung vor, denn sie eröffnete eine höchst unerwünschte Perspektive. Aber das reichte gewiß zur Erklärung der englischen Haltung nicht aus.

Es ist kein Zweifel, daß die englische Regierung in neuerer Zeit, zuletzt durch den mündlichen Bericht Lord Curzons, der von Sir W. Tyrrell begleitet war, endgültig zur Überzeugung gekommen ist, daß England auf dem bisherigen Weg nicht weiter kommen kann und sich selbst Gefahren aussetzt, die im Interesse der Sicherheit des Reiches nicht länger zu ertragen sind. Es ist in früheren Berichten verschiedentlich ausgesprochen oder angedeutet worden, daß ein nicht geringer Teil der politischen Kreise Englands sein Gefühl der Unsicherheit und der Schwäche sogar weiter treiben läßt, als nötig erscheint. Das führte zuerst zu den mitunter etwas überlauten Gesten der letzten Regierung, und das äußerte sich noch viel härter in dem Verhalten gewisser Kreise nach Reform der Außenpolitik, nach Verlagerung gegenüber den europäischen Mächten. Das britische Reich braucht Ruhe für die Ausbalancierung und Konsolidierung seines weiten Weltreiches, das an mehr als einer Stelle zu Sorgen Anlaß gibt. Das Interesse an Reparationen und Schulden ist gewiß lebhaft, aber jene enorm wichtige Zukunftfrage des Reiches steht für die meisten sehr viel höher. Ein Hindernis auf diesem Weg ist Frankreich. Die neue Regierung sieht sich trotz neuer Methoden ebenso sehr durch die französische Politik gestört wie die alte. Das zeigte sich nach englischer Ansicht sehr deutlich in Lausanne. Wer betriet den englischen General Tomson, dessen Meinungen bekanntlich von der offiziellen Londoner sehr abweichen, nach Lausanne? Nicht die englische Regierung! Wer knippte geheime Fäden via Tschischin nach der türkischen Seite? Nicht die englische Delegation. Es werden über diese Vorfälle sehr erstaunliche Dinge erzählt. Dabei ist nach außen hin nichts fester als die englisch-französische „Einheitsfront“ in Lausanne! Nur kommt die Konferenz nicht zum Fied. Lausanne wirkt nach Indien, nach Ägypten und überallhin, wo englische Reichsinteressen auf dem Spiele stehen.

Diese Verhältnisse haben sicherlich zur Verstärkung der Haltung der neuen englischen Regierung beigetragen. Und wegen dieser Sachlage ist die Bedeutung jenes neuen eisernen Vorhangs ebenso wichtig, wie sie schwer zu beurteilen ist. Die Haltung Bonar Laws kann zwei Motive haben, die von einander grundverschieden sind: die englische Regierung kann mit ihrer festeren Haltung entweder bezwecken, die Pariser Machtverhältnisse allmählich zur Umkehr auf der ganzen diplomatischen Front zu bestimmen, oder es kann die Absicht sein, dem französischen Überdruß, der sich für England in den verschiedensten Weltteilen unangenehm bemerkbar macht, ein Ventil zu öffnen — ein paar eigenwillige Sentenzen am Rhein könnten die Franzosen auch ohne jeden „Ruhhandel“ und ohne jede Abrede ganz automatisch auch an anderer Stelle traitablen machen. Die öffentliche Meinung Englands beschäftigt sich mit dieser zweiten Möglichkeit überhaupt nicht. Aber trotzdem ist es ratsam, Bonar Law nicht ausschließlich unter dem Gesichtspunkt zu betrachten, daß er ein vortrefflicher Charakter sei, was zweifellos wahr ist, sondern es bleibt zu bedenken, daß er über ein bedeutendes Maß von Klugheit verfügt und eine Reihe von diplomatischen Verträgen um sich hat, deren Wert wir mit größter Sorgfalt beobachten müssen. Was auch immer die britische Absicht sei — die betont freundschaftliche Form des Abbruchs der Konferenz wäre für beide Zwecke gleich notwendig. Sie läßt keinerlei Schluß zu, denn die Alternative: Abbruch unter Mächten, kam aus guten Gründen keinen Augenblick in Betracht. Sie hätte Europa auch schäwerlich Nutzen gebracht, denn diese „Freundschaft“ mit Frankreich — so inhaltlos das Wort für Hunderttausende oder Millionen von Engländern während der letzten zwei Jahre geworden ist — bildet heute vielleicht das einzige Medium, das Europa unter Umständen nach einer Periode neuer Verunsicherung Ruhe und Frieden herbeizuführen kann. Fürs erste, so scheint es, wird die englische Regierung fortfahren, dieses Medium sorgsam zu pflegen, — nicht nur im Interesse jener allgemein internationalen Beziehungen, sondern in der Hoffnung, daß Frankreich auch in der europäischen Frage allmählich wieder dem englisch-amerikanischen Standpunkt annähern werde. Bonar Law handelt nur entsprechend der überwältigenden Mehrheit des englischen Volkes, wenn er gegenüber den französischen Forderungen nach „Pändern“ und sonstigen Durchbrechungen der Moratoriumspolitik fest bleibt, denn ohne Zweifel will diese Mehrheit die deutsche Restitution. Auch Bonar Law

...aber es lassen sich Fälle denken, in denen er andere britische Interessen als wichtiger und darum entscheidend geltend läßt. Das ist für die heutige Regierung nur eine Frage der Zweckmäßigkeit.

Außerlich wäre nur ein kleiner Schritt zu tun zwischen der Stellung, die England heute offiziell einnimmt, und der Haltung, die notwendig wäre, um sich von der Rheinfrage in eine neue „Nolierung“ zurückzuziehen. Es wäre unverantwortlich, zu sagen, daß Bonar Law diesen Schritt in Paris bereits erwogen habe, aber es sind Kräfte am Werke, um ihn dahin zu drängen. Auch ohne dies wäre es mehr als gefährlich, wenn die englische Regierung wirklich sich damit begnügen sollte, daß nun Frankreich sich selbst und anderen den Beweis liefern soll, ob die beabsichtigten Separataktionen tatsächlich verheerliche Folgen haben oder nicht. Fürs erste darf man jedoch hoffen, daß England versuchen werde, zu retten, was zu retten ist. Es gibt immerhin einige Menschen hier, die beunruhigt sind bei dem Gedanken, daß sich selbst eine Ruhrbesetzung hinterher nur als ein relatives Unheil herausstellen könnte und daß sich möglicherweise die sonderbare Welt auch daran noch gewöhnen! Das wäre aber das Letzte, was sich England wünschen sollte.

Kurze Nachrichten.

* **Erdkönig Konstantin von Griechenland** †. Drahtmeldungen aus Palermo besagen, daß Erdkönig Konstantin von Griechenland gestorben ist.

* **Vertrauensvotum der französischen Kammer.** Der französische Kammerpräsident gab bekannt, daß drei Interpellationen vorliegen, die sich auf den Abbruch der Pariser Konferenz, die Besetzung der Ruhr und die Verhaftung der kommunistischen Führer beziehen. Poincaré erklärte namens der Regierung, daß diese die Beratung der Interpellationsdebatte auf den ersten Freitag im Monat Februar beantrage.

Die Verschiebung an die die Regierung das Vertrauensvotum knipft, wurde dann von der Kammer mit 478 gegen 86 Stimmen angenommen.

Im Senat gab Poincaré die gleiche Erklärung wie in der Kammer ab. Der Senat beschloß einstimmig den Maueranschlag der Erklärungen Poincarés.

* **Die morgige Reichstagsitzung.** Auf der Tagesordnung der für Samstag einberufenen Sitzung des Reichstages steht, den Wählern zufolge, die Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung und des Reichsanstalters. Der Reichsanstalter werde in einer Rede dem Protest des deutschen Volkes gegen die Gewalttätigkeit der französischen und der belgischen Regierung Ausdruck geben. Die Parteien dürften sich nach einer kurzen gemeinsamen Erklärung dem Protest der Regierung anschließen.

* **12-1400 Milliarden Defizit.** Im Steuerauschuß des Reichstags erklärte heute Finanzminister Dames, der Reichetat werde einen Fehlbetrag von mindestens 1200 bis 1400 Milliarden Mark aufweisen. Es handelt sich bei den Beratungen des Ausschusses um den Antrag, die Umsatzsteuer von 2 auf 2½ Prozent zu erhöhen, um den Gemeinden Mittel zu verschaffen. Die Sozialdemokraten hatten statt dessen beantragt, den Gemeinden 10 Prozent der Kohlensteuer zu überweisen. Der Finanzminister wies den sozialdemokratischen Antrag mit der Begründung zurück, daß das Reich wegen des ungeheuren Defizits eine solche Belastung nicht ertragen könne.

* **Die Feuerungszulage der Beamten und Angestellten.** Im Reichsfinanzministerium sind die Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen über die Angleichung der Bezüge der Beamten und Angestellten der Reichsbehörden an die Feuerungsverhältnisse dahin zum Abschluß gelangt, daß eine Erhöhung der Gesamtbezüge im Monatsdurchschnitt Januar von etwa 30 Prozent stattfinden soll. Das Reichskabinett und die beteiligten Körperschaften werden beschleunigt hierzu Stellung nehmen.

Badische Übersicht.

Die neue Mindesttarifenfernung im Personenverkehr.

P.A. Die Festlegung einer Mindesttarifenfernung für die Fahrpreibildung verfolgt einmal den Zweck, die sogenannten festen Kosten abzugleichen, die der Reichsbahn bei jeder Beförderung von Personen, ohne Rücksicht auf die Entfernung in gleichem Umfang entstehen, also z. B. die Kosten für den Druck, die Verwaltung und den Verkauf der Karten, für die Kontrolle der Fahrtickets an der Sperre, für Abredung des Erlöses usw. und ferner einen Ausgleich für die höheren Selbstkosten zu bieten, die ein Verkehr auf nur kurze Entfernungen infolge nicht genügender Ausnutzung der Wagen im weiteren Zuglauf, infolge Verstärkung der Züge oder Einlegung besonderer Züge für den sogenannten Spitzenverkehr und dergl. mit sich bringt. Die bisher auf kürzere Entfernungen erhobenen Fahrpreise boten diesen Ausgleich nicht. Es war daher eine entsprechende Erhöhung erforderlich, die zunächst in Gestalt einer besonderen **Wartungsgebühr** neben den eigentlichen Kilometerpreisen eingehoben werden sollte, wie dies z. B. im Güterverkehr geschieht. Da dies Verfahren aber zu einer Verteuerung im Fall einer Umänderung von Karten geführt hätte, schien es richtiger, zu dem bisher schon angewandten Verfahren der Festsetzung von **Mindestfahrpreisen** für kurze Entfernungen zurückzukehren, die Entfernungsgröße aber angemessen hinaufzusetzen.

Daneben verfolgt die Mindestfahrpreis nach den Zweck, die bisherige starke Unterbietung der Preise der Straßen- und Kleinbahnen durch die Fahrpreise der Reichsbahn auf Entfernungen, wo beide Verkehrsmittel im Wettbewerb miteinander stehen, zu vermindern. Dies ist auch vom allgemeinen volkswirtschaftlichen Standpunkt aus erwünscht, damit nicht noch weitere dieser Unternehmungen zum Erliegen kommen, wodurch der Berufs- und Erziehungswirtschaft selbst wieder empfindlich getroffen werden würde. Die Reichsbahn wäre nicht in der Lage, ihrerseits für die Bewältigung dieses Verkehrs zu sorgen. Die Mindestpreise sowohl der Einzelkarten, wie namentlich der Monatskarten, sind auch nach ihrer kürzlichen Neufestsetzung auf 11 Kilometer verglichen mit der Verteuerung aller übrigen Lebensbedürfnisse, noch niedrig. Eine Herabsetzung würde mit dem Grundgedanken, daß die Deckung der Selbstkosten angestrebt werden muß, nicht im Einklang stehen.

Die Beteiligung des Auslands an inländischen Grundstücks- u. Hypothekenmarkt.

Auf Grund einer Anfrage des badischen Finanzministeriums bei den Notariaten und städtischen Grundbuchämtern im Frühjahr 1921 wurde festgestellt, daß sich unter den **Käufern von Grundstücken** im Jahre 1921 insgesamt 243 Schweizer, 167 Elsaß-Lothringer, 96 Amerikaner, 86 sonstige Ausländer sowie 22 Saarländer befanden.

In ähnlichen Ergebnissen hat eine Sondererhebung des Bad. Statistischen Landesamts bei den städtischen Grundbuchämtern Konstanz, Lörrach, Freiburg, Offenburg, Karlsruhe u. Mannheim geführt. Von insgesamt 3006 Eigentumsübergängen im ersten Halbjahr 1922 entfielen auf Ausländer 448, das sind 14,9 Prozent. Der Wohnort bezw. Ethn. der ausländischen Käufer war:

in 173 Fällen Schweiz, in 107 Fällen Elsaß-Lothringen, in 99 Fällen Saarland, in 24 Fällen Vereinigte Staaten von Amerika, in 12 Fällen Frankreich, in 7 Fällen Holland, in 3 Fällen England, in 3 Fällen Belgien, in 6 Fällen Italien, in 14 Fällen andere Länder.

Die meisten Eigentumsübergänge an Ausländer wurden beim Grundbuchamt Konstanz ermittelt, wo diese 25,5 Prozent aller Übergänge betragen. An zweiter Stelle steht Freiburg mit 21,7 Prozent, dann folgen Lörrach mit 17,3 und Mannheim mit 17,2 Prozent. Verhältnismäßig gering sind die Eigentumsübergänge bei den Grundbuchämtern Karlsruhe (8,0 Prozent) und Offenburg (2,1 Prozent).

Der Wert der gesamten Grundstücke betrug 288,7 Millionen Mark, der an Ausländer verkauften Stücke 78,7 Millionen Mark. Dieser hohe Betrag für die an Ausländer verkauften Grundstücke rührt wohl daher, daß die Ausländer im allgemeinen mehr geneigt sind, den gemeinen Wert, im Kaufpreis zu überschreiten.

Ausländisches Kapital suchte aber nicht nur Anlage in Gebäuden und Grundstücken, sondern auch in Hypotheken. Von 1793 neu aufgenommenen Hypotheken im Gesamtbetrag von 280,7 Millionen Mark entfielen auf Ausländer 115 (das sind 6,3 Prozent) mit 14,8 Millionen Mark. Unter den Geldgebern befanden sich 49 Schweizer mit 8,0 Millionen, 30 Amerikaner mit 1,8 Millionen, 20 Elsaß-Lothringer mit 3,7 Millionen, 5 Franzosen mit 0,3 Millionen und 11 sonstige Ausländer mit 1,2 Millionen Mark.

Interessante Zahlen über das Schulwesen in Baden.

Im Hinblick auf die Neuordnung des Schulwesens, mit dem sich Reich und Länder in den letzten Jahren eingehend beschäftigt, verdient eine statistische Übersicht über die Entwicklung und den heutigen Stand des Schulwesens in Baden, die in Nr. 12 der „Statistischen Mitteilungen“ veröffentlicht wird, besonderes Interesse. An erster Stelle beschäftigt sich die statistische Zeitschrift mit der Entwicklung der Volksschule im Lauf des letzten Jahrhunderts; der 13. Mai 1803 kann als Geburtsstag der jetzt bestehenden badischen Volksschulen angesehen werden; durch Gesetz vom 13. Mai 1802 wurden die Verhältnisse der gesamten Volksschulen neu geregelt; maßgebend ist heute das Schulgesetz vom 10. Juli 1910. In gedrängter Kürze werden die wichtigsten Angaben über Schulen und Geschlecht der Schulkinder, über die Zahl der vorhandenen Klassen, über Körperliche und geistige Gebrechen der Schulkinder, über Schulärzten, Handfertigkeitswerkstätten, Schulpefungen usw. vorgeführt. In ähnlicher Weise geht ferner die statistische Zeitschrift auf die allgemeinen und gewerblichen Fortbildungsschulen, auf die landwirtschaftlichen Winterkulturen, auf die Gewerbe- und Handelsschulen, auf die Landesmusikschule und Staatstechnikum, sowie auf die 3 Hochschulen unseres Landes ein. Jedem Freund des badischen Schulwesens kann das eingehende Studium der genannten Zeitschrift auf das Angenehmste empfohlen werden.

Krankenstand in den staatlichen Irrenanstalten in Baden.

Nach einer Veröffentlichung des Bad. Statistischen Landesamts waren Ende vorigen Monats (31. Dezember 1922) in den staatlichen Irrenanstalten des Landes insgesamt 3920 Kranke untergebracht. Die Höchstzahl mit 1280 Patienten entfällt auf die Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch; dann folgen hinsichtlich der Größe der Krankenanzahl die Heil- und Pflegeanstalten Emmendingen (910) und Jlenau (549). Die erst im Jahre 1913 eröffnete Anstalt bei Konstanz umfaßt 416, die psychiatrischen Kliniken Heidelberg und Freiburg 114 bezw. 101 Kranke.

Die Industrie der Steine und Erden.

Die Industrie der Steine und Erden umfaßt im Vorkriegsjahr 1912 nahezu 850 Betriebe in der Größe von 10 und mehr Arbeitern, in denselben waren 13 000 Arbeiter beschäftigt. Unter den Wirkungen des Krieges mußten zahlreiche Unternehmungen (Steinbrüche, Ziegeleien usw.) ihre Betriebe einschränken oder vorübergehend stilllegen. Nach einer Sondererhebung des Bad. Statistischen Landesamts waren auf Schluß des Jahres 1920 nur 240 Betriebe mit 11 500 Arbeitern vorhanden. Großbetriebe mit 100 und mehr Arbeitern waren darunter 27 mit rund 6000 Arbeitern.

Ein Leitfaden der Fischzucht.

Von dem neuen badischen Landesfischereisachverständigen Dr. Wilhelm Koch ist vor kurzem im Verlag Paul Nech-Berlin ein Leitfaden der Fischzucht erschienen (mit 6 Tafeln und 118 Textabbildungen). Das Buch ist aus dem Wunsch hervorgegangen, für den Unterricht an Landwirtschaftsschulen einen leichtfaßlichen und doch auf wissenschaftlicher Grundlage beruhenden Leitfaden zu schaffen, der es ermöglicht, die großen Fortschritte der Fischerei immer weiteren Kreisen zugänglich zu machen und damit auch dem vielerorten darniederliegenden Wirtschaftsbetrieb in den kleineren Gewässern die Wege zu einem zeitgemäßen Aufschwung zu öffnen. Ein solches Buch, das in erster Linie für die lernende Jugend bestimmt ist, stellt kein geringes Maß von Anforderungen an den Autor, der nicht bloß mit umfassender theoretischer und praktischer Vorbildung ausgerüstet sein, sondern auch dem systematischen Aufbau des Lehrgebäudes mit der richtigen Auswahl und Beschränkung gerecht werden muß. Der Verfasser hat sich dieser Aufgabe, zu der ihn seine Vorbildung und seine langjährige Erfahrungen als **Kreisfischereisachverständiger von Mittelrhen** besonders befähigen, mit großem Verständnis und Geschick gewidmet. Nach einer historischen Einleitung, einer Einteilung der deutschen Süßwasserfische und einem Abschnitt über den Körperbau der Fische baut er das System der verschiedenen Zweige der Fischzucht auf. Den Beschluß bilden allgemeine Abschnitte über die Abfischung, Fütterung, Überwinterung, Transport, Bewirtschaftung der stehenden Gewässer, Fischzucht, Fischkrankheiten und Förderung der Fischerei durch Staat, Vereine, Unterricht und periodische Schriften. Es ist besonders hervorzuheben, welche eine Fülle von Material auf den 238 Seiten des Buches zusammengebrängt und wie allenthalben auch den neuesten Gesichtspunkten und Forschungsergebnissen Rechnung getragen ist, ohne daß sich die Darstellung dabei in allzu entfernte Details verliert, die für den Lehrgang, dem das Buch doch zunächst dienen soll, nur verwirrend wirken würden. Trotzdem ist Bedacht darauf genommen worden, daß auch der Vorgeschriftene, der sich über besondere Fragen orientieren möchte, auf seine Rechnung kommt. So gilt das zum Beispiel von den heutzutage im Vordergrund des Interesses stehenden Fragen des

Fütterung und Fütterung. Wo der didaktische Zweck des Buches aber Beschränkungen auferlegte, da ist wenigstens die umfassende Literaturangaben, die das Buch auszeichnen, der Weg zu weiterer Orientierung gewiesen. Hervorzuheben ist schließlich die Fülle neuer Abbildungen, meist eigener Aufnahmen des Autors, die das Buch beleben und sein Studium anregend gestalten.

Badischer Städteverband.

Am Samstag, den 6. Januar d. J., hielt der Vorstand des badischen Städteverbandes im Rathaus zu Offenburg unter dem Vorsitz des Herrn Oberbürgermeisters Dr. Wals, Heidelberg, eine Vorstandssitzung ab, an welcher die Oberbürgermeister des Landes fast vollständig teilnahmen. Der Vorstand beschäftigte sich eingehend mit der Frage der Geldbeschaffung der Gemeinden und hält eine Erhöhung der den Städten gewährten Kreditemittlung zur Aufstellung der von der Reichsbank zu diskontierenden Wechsel zur Warenbeschaffung für dringend erforderlich. Der badische Städteverband wird ferner bei der Regierung dahin vorstellig werden, daß die Gemeinden berechtigt werden, die Beträge der bereits beschlossenen und noch nicht eingegangenen Umlage und Wohnungsabgabe alsbald durch Ausstellung von Wechseln und deren Diskontierung unter Bürgschaft des Staates flüssig zu machen. Die Einführung eines wertbeständigen Faktors im Steuerwesen erscheint dringend erforderlich, damit die Steuerforderungen auch tatsächlich nach dem Werte, den sie zur Zeit ihrer Feststellung haben, zur Erhebung gelangen und nicht durch dauerndes Sinken des Marktwertes wertlos werden. Der vom Reichsfinanzminister dem Reichswirtschaftsrat vorgelegte Gesetzentwurf über die Berücksichtigung der Geldentwertung in den Steuergesetzen ist daher zu begrüßen. Die unzulässige geographische Lage vieler Städte ist durch weiteren Ausbau von Ausnahmetarifen und stärkere Staffelung der Frachtsätze für Kohlen, Lebensmittel und Rohstoffe zu berücksichtigen. Die Einführung des Wasserumschlagtarifs wird erneut dringend gefordert. Des weiteren beschäftigte den Vorstand die heute gebieterisch wieder im Vordergrund stehende Frage der Erwerbslosenfürsorge und der Vorbereitung von Notstandsarbeiten. Die alsbaldige Bereitstellung von ausreichenden Mitteln durch das Reich und das Land zur Finanzierung von Notstandsarbeiten wird bei der Regierung erneut dringend gefordert. Die Gemeinden müssen die Verantwortung für alle Folgen, die durch ungenügende Hilfe des Reichs und des Landes entstehen, ablehnen. Von den vielen anderen Fragen, zu denen der Vorstand im übrigen Stellung nahm, seien noch erwähnt: die Beanstandungen der städtischen Befolzungsdienste durch den Staat, die einheitliche Regelung der Dienstleistung der Beamten, sowie die finanzielle Beteiligung der Städte an den Beamtenwohnheimen.

Wie der erhöhte Milchpreis zustande kam.

Vom mittelbadischen Städteverband für Milchbeschaffung und Milchverwertung wird uns geschrieben:

Auf eine am 30. Dezember in Karlsruhe auf Einladung des bad. Molkereiverbandes stattgefundene Versammlung wurde ein einheitlicher Erzeugermilchpreis für das badische Land von 140 M. festgesetzt. Auf dieser Versammlung waren vertreten die verschiedenen landwirtschaftlichen Organisationen, die Großstädte Mannheim, Karlsruhe, Freiburg, Konstanz, sowie der mittelbad. Städteverband für Milchbeschaffung und Milchverwertung. In der Mitteilung, die über dieser Versammlung, in welche der bisherige Erzeugermilchpreis von 80 M., 80 M. und 90 M. für das ganze badische Land auf 140 M. festgesetzt wurde, durch die Zeitungen lief, konnte der Städteverband nicht anders als ob dieser ungewöhnlich hohe Preis ohne Widerspruch eines großen Teiles der Verbraucher angenommen worden wäre. Dem ist aber nicht so! In einer kurz vor der Karlsruher Tagung in Durlach stattgefundenen Sitzung hatte der mittelbadische Städteverband beschlossen, in Anbetracht der eingetretenen weiteren Teuerung den Erzeugermilchpreis auf 120 M. zu normieren und glaubte damit, den Interessen der Erzeuger vollauf gedient zu haben, und den Verbrauchern gegenüber auch die Verantwortung für eine solche immerhin erhebliche Verteuerung eines der wichtigsten Nahrungsmittel für unsere Kranken, Kinder, stehende und wechende Mütter noch übernehmen zu können. Daß man nun aber in Karlsruhe unter Vortritt des Molkereiverbandes unter eisiger Verantwortung und sogar Drohung des Landesführers Müller und unter Unterstützung der vorgenannten Großstädte, darunter hauptsächlich Mannheim und Karlsruhe, dazu kommen konnte, den Erzeugerpreis auf 140 M. festzusetzen, dagegen lagte der mittelbad. Städteverband Verwahrung ein und kann die Verantwortung für diesen Preis in der Öffentlichkeit nicht übernehmen. Besonders kann ein Einheitspreis für das ganze bad. Land nicht gutgehen werden, da die Verhältnisse in den einzelnen Wirtschaftsgebieten doch verschieden gelagert sind, wie z. B. an der Schweizer Grenze, im besetzten Gebiet unter Einwirkung der auswärtigen Währung und auch in anderen Landesteilen. Die Not in den Städten ist anerkanntermaßen entsetzlich groß und steigt von Tag zu Tag. Nicht allein, daß die bisherige Belieferung der Bedarfsgemeinden mit der so notwendigen Milch eine völlig ungenügende war, soll jetzt noch dazu kommen, daß weite Kreise in

der Stadt auch diese wertige Milch in der Zukunft wohl nicht mehr kaufen können, da zu den Erzeugerpreisen doch noch bedeutende Unkosten auf die Milch kommen; man denke da nur an die hohen Beförderungs- und sonstigen Unkosten, bis die Milch in die Hände der Bezugberechtigten kommt. In einer Zeit, wo man in anerkannter Weise im ganzen badischen Land zur Behebung der Not in den Städten eifrig zugunsten der Notgemeinschaft sammelt, sollte man nicht dazu kommen, das, was man mit der einen Hand gibt, in doppelter Weise mit der anderen wegzunehmen. Sowie zur Aufklärung, wie der erhöhte Milchpreis zustande kam, gegen dessen Festsetzung die dem mittelbad. Städteverband angeschlossenen Bedarfsgemeinden öffentlich und feierlich Protest erheben.

Die Verantwortung für diesen Preis und die ferner darauf basierende Preisentwärtigung, muß denen überlassen bleiben, welche den erhöhten Preis zugestanden haben. Durch diese Preisentwärtigung sind der verbrauchenden Bevölkerung des mittelbadischen Gebiets unnötig hohe Kosten erwachsen und wird dies voraussichtlich fernerhin noch geschehen.

Wahl, den 10. Januar 1923.

Der mittelbad. Städteverband für Milchbeschaffung und Milchverwertung:

Lehr, Offenburg, Gengenbach, Achern, Bühl, Baden-Baden, Rastatt, Ettlingen, Durlach, Pforzheim, Bernsbach, Gaggenau.

Aus der Landeshauptstadt.

* Rundgebung in der Festhalle. Wie sich in allen Teilen des Reiches und der Länder spontan laute Proteste gegen den französischen Rechtsbruch und die neu einsetzende Fremdherrschaft erhoben haben, soll auch am kommenden Sonntag die Karlsruher Bevölkerung zu einer einmütigen, mächtigen Kundgebung in der Festhalle aufgerufen werden. Wir weisen hiermit unsere Leser auf den diesbezüglichen Aufruf des Oberbürgermeisters im Imperatienheft der heutigen Nummer unseres Blattes hin.

* Badisches Landesbühnen. Infolge des behördlich angeordneten nationalen Trauertages am Sonntag, den 14. Januar, fallen in städtischen Konzerthäusern sowie die Nachmittagsvorstellung für den Verein Volksbühne „Der Raub der Sabinerinnen“ (N 2), als auch die Abendvorstellung „Charles Lanté“ aus. — Das Konzerthaus bleibt geschlossen. Im Landesbühnen findet dagegen die Vorstellung von Wagners „Lohengrin“ statt. — Die Vorstellung von „Raub der Sabinerinnen“ (Volksbühne N 2) wird am Sonntag, den 4. Februar 1923, nachmittags 3 Uhr nachgeholt.

* Für die Winterhilfe sind im Landkreis Ettlingen 534 000 M. sowie 130 Zentner Lebensmittel gesammelt worden.

Kommunalpolit. Rundschau.

Fuhrversteuerung.

KK. Uns wird geschrieben: Das reiche Steuerbouquet des Jahres 1922 hat auch eine Änderung der Besteuerung der Kraftwagen gebracht. Ohne die Angemessenheit der neuen Sätze irgendwie beurteilen zu wollen, muß anerkannt werden, daß die früheren Sätze durchaus veraltet waren. Sie behaupten gegenüber anderen Betriebskosten eine Bagatelle.

Soweit wäre gegen dies neue Gesetz nichts zu sagen, wenn es nicht im § 18 für die Bundesstaaten — nach neuerer Lesart Länder — die Verpflichtung festsetzt, allgemein eine Fuhrversteuerung zu erheben. Um die Steuer schmacht zu machen, zu Zwecken der öffentlichen rechtlichen Wegeunterhaltung. Unbedingt muß anerkannt werden, daß Mittel für diesen Zweck erforderlich sind. Im Interesse der historischen Wahrheit ist festzustellen, daß die Geldnot der wegebauenden Verbände sogar die Mutter des Gedankens der Fuhrversteuerung gewesen ist.

Schon früher kostete der Wegbau viel Geld. Heute sind die Kosten sowohl für Material wie für Löhne zu schwindelnder Höhe gestiegen. Dabei ist das Reparaturbedürfnis außerordentlich groß, weil im Kriege im allgemeinen nur das Notwendigste getan worden ist.

Die Kreise und Gemeinden sind der Einkommensteuer beraubt und also in der peinlichsten Notlage. Was lag näher als eine Zuerststeuer, wie sie ja in dem alten Wegegesetz noch in aller Erinnerung war.

Trotzdem sprechen so viele Bedenken gegen diesen Ausweg, daß gegen ihn Front gemacht werden muß. Der Ausweg ist unpraktisch und unbillig. Vergewagt man sich die Kreise, die von dieser Steuer betroffen werden, so sind es — von wenigen Luxusfahrzeugen abgesehen — fast ausschließlich Landwirtschaft und Gewerbe. Die Steuer bedeutet also eine neue Art Ertragsteuer. Bedenkt man, daß heute schon Kreise und Gemeinden ihre Finanzwirtschaft fast ausschließlich auf Zuschlägen zu den Ertragsteuern aufbauen, so daß diese schon mit vielen tausenden Prozent an Zuschlägen belastet sind, so dürfte eine weitere Belastung derselben Quellen durchaus unangenehm sein.

Es tritt eine Überbelastung ein. Dabei ist die in dem heutigen System liegende Gefahr nicht außer acht zu lassen, daß

die Gemeindevorteiler heute über Steuern beschließen, die sie nicht zu tragen haben, von denen sie also am eigenen Leibe nicht merken können, ob die Steuerlast schon übermäßig angepannt ist. Früher war es anders. Zunächst war die Zahl der Grundbesitzer und Gewerbetreibenden unter den Wählern früher erheblich größer als heute, wo das Hauptgewicht der Wähler in der roten Zeit, in der Masse, liegt. Dann aber, und das erscheint von außerordentlicher Bedeutung, hatte früher jede, mit Steuerhoheit ausgestattete Stelle, jede Gemeindevorteiler, jeder Kreisrat auch über die Einkommensteuer bzw. Zuschläge zu dieser zu beschließen. Diese traf unmittelbar jeden Gemeindevorteiler und jedes Kreisratsmitglied. Er empfand unmittelbar die Lasten, die er beschloß, während heute leicht der Fall eintreten kann, daß kein Mitglied der Gemeindevorteiler persönlich die beschlossenen Steuern zu tragen hat. Steuern, die andere zu tragen haben, beschließen sich außerordentlich leicht. Gerade darin bestand ja eine der großen Feinheiten unseres Mißgeschickes preußischen Besteuerungssystems, daß die Belasteten selbst über den Umfang ihrer Lasten zu beschließen hatten, eine automatische Sicherung gegen unvorsichtige Überlastung.

Die Fuhrversteuerung bedeutet also eine andere Form der Grund- und Gewerbesteuer. Weide sind heute schon überlastet. Darin liegt eine Unbilligkeit, die unmittelbar zu einer Abwälzung, einer Verteuerung der landwirtschaftlichen Produkte und der gewerblichen führen muß. Ob das politisch gewandt und wirtschaftlich richtig ist in einer Zeit, wo schon allgemein über zu hohe Preise geklagt wird, erscheint höchst zweifelhaft, wenn nicht direkt verneint. Zudem ist die Erhebung nicht so einfach, als man wohl glaubt. Schon früher wurde darüber geklagt, daß die Kraftwagensteuer unproduktiv wäre und ihr Ertrag außer Verhältnis zu den Kosten der Erhebung stände. Man bezogenwärtige sich nun die Menge von Schreibwerk, wenn alle Fuhrwerke „erfaßt“ werden müssen. Dazu die Veränderungen im Jahre! Jedem Wagenverkauf muß nachgegangen und die Steuer neu geschrieben, jeder neue Wagen oder jedes neue Fahrzeug neu eingetragen, jeder verbrauchte gelöscht werden. Dabei ist die Begründung des Interesses unzutreffend, denn auch jeder Fußgänger und jedes spielende Kind hat ein lebhaftes Interesse und harten Vorteil von harten, festen Straßen. Die Fuhrversteuerung ist also lospflichtig in der Erhebung, belastet die landlichen Gemeindevorteiler mit neuem Schreibwerk und erhöht die von den Verbänden zu leistende Arbeit und damit die Zahl der Beamten. In der Volkswirtschaft leidet aber heute sowieso schon daran, daß der Verschwendungapparat viel zu groß ist und zu viel tote Last auf den produktiven Ständen nutzlos getragen werden muß.

Die Fuhrversteuerung ist also zu verwerfen, denn ihre Erhebung ist teuer, sie belastet nur einen Teil der Publiker der öffentlichen Wege, sie muß zu einer weiteren Verteuerung der landwirtschaftlichen Produktion führen.

Staatsanzeiger.

Bekanntmachung.

Die Festsetzung der Umlage zur Deckung der Lasten der Landesversicherungsanstalt für das Jahr 1922.

Die im Jahre 1922 der Gebäudeversicherungsanstalt erwachsenen Lasten sind im Jahre 1922 durch Umlagen aus einer Gesamtversicherungssumme von 6,2 Milliarden Mark (Stand vom 31. Dezember 1922 nach den Hauptpreisen vom 1. August 1914) zu decken. Der Umfang dieser Lasten ist zahlenmäßig noch nicht zu bestimmen, da die Entschädigungen bei der ständigen Erhöhung der Zuschläge (Gesetz vom 4. August 1922) zu der nach den Hauptpreisen vom 1. August 1914 errechneten Entschädigung einer fortwährenden, außerordentlichen und in ihrem Ausmaß nicht vorauszufehenden Steigerung unterliegen. Zuletzt ist der Zuschlag für die Monate November und Dezember 1922 auf das 80fache der nach den Hauptpreisen vom 1. August 1914 errechneten Entschädigung festgesetzt worden, und es werden die Zuschläge, die auch für die Brandfälle aus dem Jahre 1922 maßgebend sein werden, künftig noch erheblich höher sein. Die Umlage, die in den beiden letzten Vorjahresjahren 15 Pf. betrug, wird in nächst mindestens im entsprechenden Verhältnis erhöht werden. Die Umlage für das Jahr 1922 wird daher auf vorläufig 50 M. von 100 M. Versicherungssumme (nach der Höhe des November-Dezember-Zuschlags gleich einer Umlage von nicht ganz 14 Pf. der Vorjahreszeit) festgesetzt.

Karlsruhe, den 11. Januar 1923.

Der Minister des Innern.

J. B. Leers.

Spann.

Die prakt. Ärzte Dr. Paul Bruffsch in Karlsruhe, Dr. Josef Fischer in Singheim (Amt Baden), Dr. Otto Hauger in Karlsruhe und Dr. Ernst Moog in St. Blasien haben sich bei den Verhandlungen vom 19. August 1896 und vom 29. Juli 1913 vorgeschriebene Prüfung für Staatsärzte unterworfen und sind für bestanden erklärt worden.

Karlsruhe, den 9. November 1922.

Der Bad. Minister des Innern.

J. B. Arnspäcker.

Badisches Landestheater.

Samstag, den 13. Januar:
nachm. 3-4 1/2 Uhr. 200 M.
abends 7 b. g. 10 Uhr.
Märchenvorlesung 800 M.
für große u. kleine Kinder Abonn. B 11. Th. Gem.
durch Rezitator Gustav B.V.B. Nr. 901-1200.
Hermann-Leipzig. Rosmersholm.

Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche. Nachdem in dem Gehöft des Maurers Jakob Siegel in Anielingen die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen ist, werden folgende Anordnungen getroffen:

A. Sperrbezirk.
Das Seuchengehöft bildet einen Sperrbezirk i. S. der §§ 161 ff. der Ausführungsvorschriften des Bundesrats zum Reichs Viehseuchengesetz.

B. Beobachtungsgebiet.
Um den Sperrbezirk wird ein Beobachtungsgebiet im Sinne der §§ 165 ff. der Ausführungsvorschriften zum Reichs Viehseuchengesetz bestehend aus der Gemeinde Anielingen gebildet.

C. 15 Km.-Umkreis.
In den Umkreis von 15 Km. vom Seuchenort Anielingen entfernt (§ 168 der Ausführungsvorschriften zum Reichs Viehseuchengesetz) fallen folgende Gemeinden: Bulach, Gagfeld, Leopoldshafen, Eimtenheim, Zeufshausen, Welfshausen, Eggenstein, sowie Karlsruhe-Stadt mit Vororten.

Für den Sperrbezirk, das Beobachtungsgebiet und den 15 Km.-Umkreis gelten die gemeinsamen Vorschriften der §§ 162 bis 164 der Ausführungsvorschriften zum Viehseuchengesetz. D. 665
Karlsruhe, den 9. Januar 1923. D. 3. 2
Bezirksamt Abt. II.

Mitbürger! Das Unerhörte ist geschehen!

Wider Vertrag und wider alles göttliche und menschliche Recht haben soeben unter nichtigen Vorwänden die französischen und belgischen Machthaber über weitere Teile unseres Vaterlandes das Joch der Fremdherrschaft errichtet.

Helle Empörung über diesen erneuten schmachvollen Gewaltakt und tiefe Trauer um das harte Schicksal unserer Brüder und Schwestern im besetzten Gebiet haben mit dem ganzen deutschen Volke auch die Bevölkerung Karlsruhes ergriffen.

Zu einer Kundgebung dieser Gefühle und zugleich zu einem gemeinsamen Gelöbniß, daß alle Not, die aus dieser neuen Bedrängnis der deutschen Wirtschaft auch über uns kommen wird, uns nur um so fester mit unserm lieben deutschen Vaterlande verbindet, lade ich Euch im Namen des Stadtrats auf

**Sonntag, den 14. Januar, vormittags 11 1/2 Uhr,
in die städtische Festhalle**
ein. Ein Mitglied des badischen Staatsministeriums und ein solches des Stadtrats wird dort zu Euch sprechen.
**Männer und Frauen Karlsruhes, kommet zu Haus!
Flaggt Eure Häuser auf Halbmast!**

Karlsruhe, den 11. Januar 1923.

Der Oberbürgermeister.

NB. Die Festhalle wird geheizt, Eintritts- und Einlaßgeld wird nicht erhoben.

Druck der Karlsruher Zeitung.

D. 667. Wiesloch. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Wilhelm Friedrich Becker von Waldorf ist Schlusstermin gemäß § 162 Konkursordnung bestimmt auf Donnerstag, 1. Febr. 1923, vormittags 10 Uhr, vor dem Amtsgericht Wiesloch.

Wiesloch, 3. Jan. 1923.
Der Gerichtsschreiber des
Bad. Amtsgerichts.

Jagd-Verpachtung.

Das Bad. Forstamt Karlsruhe-Hardt verpachtet am Donnerstag, den 18. Januar 1923, vormittags 11 Uhr, auf seinem Geschäftszimmer, Schloßbezirk 16, das Jagdrecht für den Jagdstrich „Spöcker Wald“, Gemarkung Hardtwald, mit rund 214 Hektar. D. 668
Die Bedingungen liegen beim Forstamt zur Einsichtnahme auf.